

# Die Rente in den Koalitionsverhandlungen

## Alexander Gunkel

Vorsitzender des Bundesvorstandes  
der Deutschen Rentenversicherung Bund

Aktuelles Presseseminar am 3. und 4. November 2021 (Videokonferenz)


## Ergebnis der Sondierungsgespräche (15.10.2021):

„Wir werden im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse die nötigen Zukunftsinvestitionen gewährleisten, insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur.“

„Den Kampf gegen Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Steuervermeidung werden wir intensivieren.“

„Wir werden keine neuen Substanzsteuern einführen und Steuern wie zum Beispiel die Einkommen-, Unternehmens- oder Mehrwertsteuer nicht erhöhen.“

„Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir den Haushalt auf überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben überprüfen.“

- 
- Steuerbelastung für hohe Einkommen erhöhen
  - Vermögenssteuer einführen



- Stärkere Belastung von hohem Einkommen und Vermögen



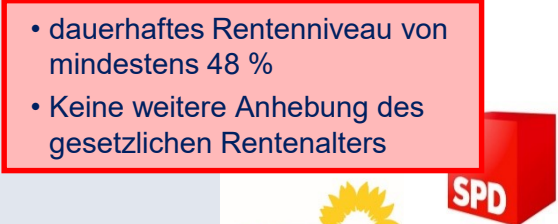
- Einkommenssteuersenkungen
- Keine Vermögenssteuer

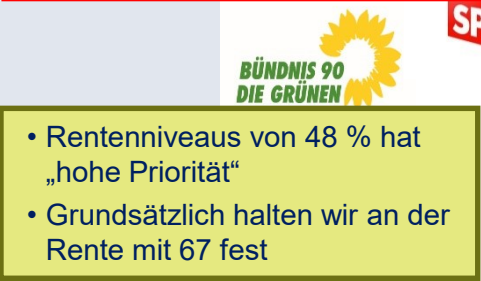
## Ergebnis der Sondierungsgespräche (15.10.2021):

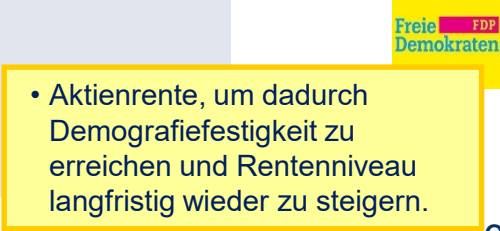
„Eine gute und verlässliche Rente nach vielen Jahren Arbeit ist für die Beschäftigten wichtig.“

„Es geht darum, sich mit eigener Arbeit eine gute eigenständige Absicherung im Alter zu schaffen. Wir werden daher die gesetzliche Rente stärken und das Mindestrentenniveau von 48 Prozent sichern.“

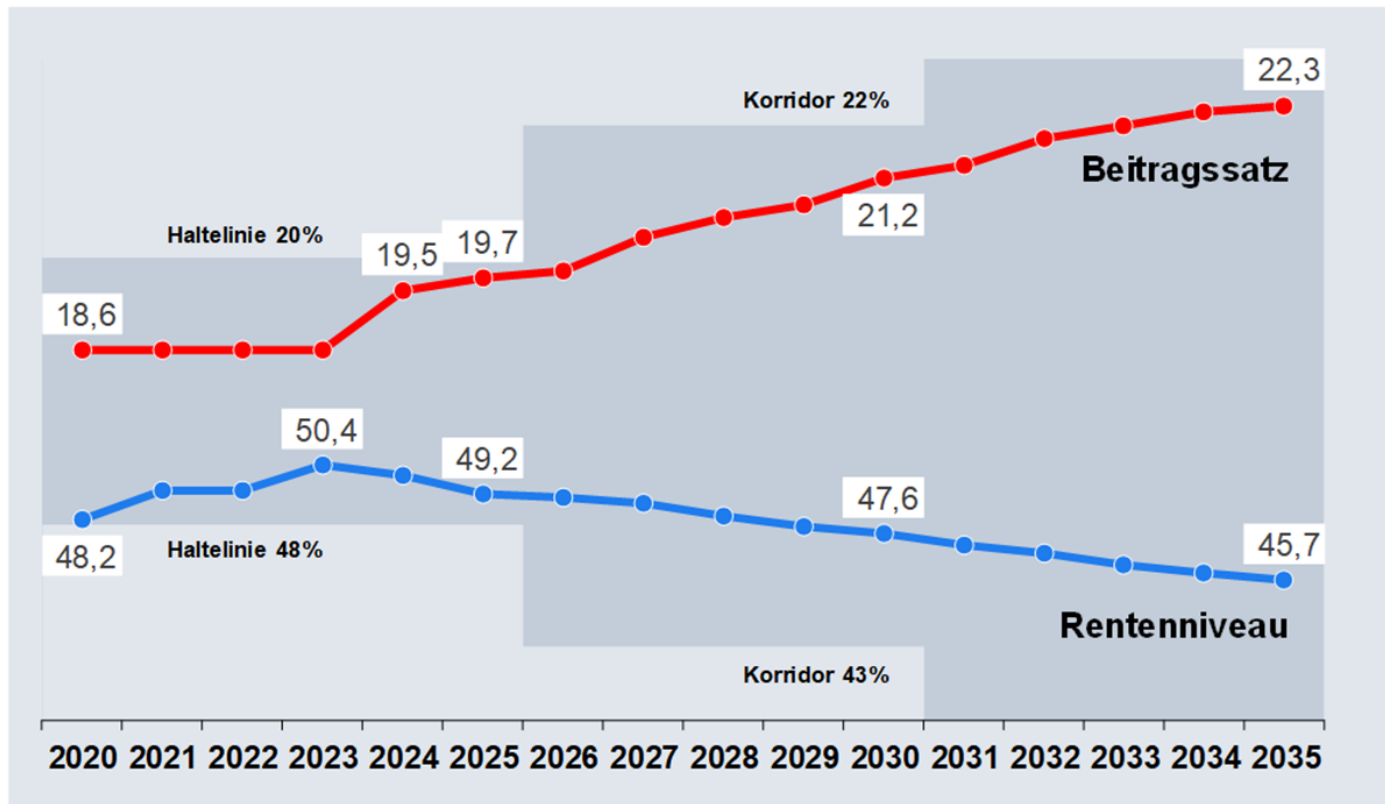
„Es wird keine Rentenkürzungen und keine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters geben.“

- 
- dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 %
  - Keine weitere Anhebung des gesetzlichen Rentenalters

- 
- Rentenniveaus von 48 % hat „hohe Priorität“
  - Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest

- 
- Aktienrente, um dadurch Demografiefestigkeit zu erreichen und Rentenniveau langfristig wieder zu steigern.


## Weitere Entwicklung von Beitragssatz und Rentenniveau



## Ergebnis der Sondierungsgespräche (15.10.2021):

„Wir wollen Selbständigkeit durch bessere Gründungsförderungen sowie einen Abbau unnötiger Bürokratie fördern.“

„Gleichzeitig wollen wir die Absicherung für (Solo-)Selbständige verbessern.“

- 
- Gesamtheit der Erwerbstätigen in die GRV aufnehmen
  - Selbständige schrittweise in die GRV integrieren



- Verpflichtende Aufnahme der Selbständigen ohne obligatorische Absicherung in die GRV



- Pflicht zur Altersvorsorge wie bei der Krankenversicherung ist angemessen
- maximale Wahlfreiheit

- Obligatorische Altersvorsorge der Selbständigen wäre wünschenswert
- Risiko der Altersarmut bei vormaligen Selbständigen überproportional hoch
- Gesetzgebungsverfahren könnte Vorarbeiten aus der vergangenen Legislaturperiode nutzen
- Obligatorische Altersvorsorge für Selbständige sollte möglichst unbürokratisch und digital umsetzbar sein

## Ergebnis der Sondierungsgespräche (15.10.2021):

„Bei den Mini- und Midi-Jobs werden wir Verbesserungen vornehmen: Hürden, die eine Aufnahme versicherungspflichtiger Beschäftigung erschweren, wollen wir abbauen.“

„Wir erhöhen die Midijob-Grenze auf 1.600 Euro.“

„Künftig orientiert sich die Minijob-Grenze an einer Wochenarbeitszeit von 10 Stunden zu Mindestlohnbedingungen. Sie wird dementsprechend mit Anhebung des Mindestlohns auf 520 Euro erhöht.“

„Gleichzeitig werden wir verhindern, dass Minijobs als Ersatz für reguläre Arbeitsverhältnisse missbraucht oder zur Teilzeitfalle insbesondere für Frauen werden.“

- Alle Beschäftigungsverhältnisse in soziale Sicherung einbeziehen
- Midijobgrenze auf 1600 Euro erhöhen



SPD

- Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler\*innen und Rentner\*innen, in sv-pflichtige Beschäftigung überführen

Freie  
Demokraten

- Minijob- und Midijob-Grenze erhöhen und dynamisch an den gesetzlichen Mindestlohn koppeln

- Zu begrüßen wären Maßnahmen, die zu mehr Beschäftigung jenseits eines Minijobs führen
- Ausweitung der Midijob-Grenze führt zu Entlastung von Beschäftigten mit geringen Entgelten, allerdings ausschließlich bei Teilzeitbeschäftigten
- Höhere Midijob-Grenze führt zu Ausweitung von nicht beitragsgedeckten Rentenanwartschaften



## Ergebnis der Sondierungsgespräche (15.10.2021):

„Es wird keine Rentenkürzungen und keine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters geben.“

Um diese Zusage generationengerecht abzusichern, werden wir zur langfristigen Stabilisierung von Rentenniveau und Rentenbeitragssatz in eine teilweise Kapitaldeckung der Gesetzlichen Rentenversicherung einsteigen.“

„Dazu werden wir in einem ersten Schritt der Deutschen Rentenversicherung im Jahr 2022 aus Haushaltsmitteln einen Kapitalstock von 10 Milliarden Euro zuführen.“

„Wir werden der Deutschen Rentenversicherung auch ermöglichen, ihre Reserven am Kapitalmarkt reguliert anzulegen.“

- Neues standardisiertes Angebot der privaten Altersvorsorge, das von einer öffentlichen Institution angeboten wird



SPD

- Kapitalgedeckte Vorsorge kann Umlagesystem ergänzen
- Einrichtung eines öffentlich verwalteten Bürger\*innenfonds

Freie  
Demokraten

- Aktienrente als zweiter Pfeiler der ersten Säule des Rentensystems

Viele offene Fragen:

- Stabilisierung von Beitragssatz und Rentenniveau durch Verwendung der Erträge eines Kapitalstocks oder Verzehr des Kapitalstocks?
- Begrenzter Ansparzeitraum => geringes Volumen des Kapitalstocks
- Keinesfalls dürfen Beitragsmittel für Aufbau des Kapitalstocks verwendet werden, da sonst zusätzliche Belastung für Beitragszahlende und Renter\*innen!
- Worauf bezieht sich die Aussage, Rentenversicherung solle ermöglicht werden, Reserven am Kapitalmarkt anzulegen?

## Ergebnis der Sondierungsgespräche (15.10.2021):

Wir werden das bisherige System der privaten Altersvorsorge grundlegend reformieren.

Wir werden dazu das Angebot eines öffentlich verantworteten Fonds mit einem effektiven und kostengünstigen Angebot mit Abwahlmöglichkeit prüfen.

Daneben werden wir die gesetzliche Anerkennung privater Anlageprodukte mit höheren Renditen als Riester prüfen.

Eine Förderung soll Anreize für untere Einkommensgruppen bieten, diese Produkte in Anspruch zu nehmen. Es gilt ein Bestandschutz für laufende Riester-Verträge.

- Bürokratische Hemmnisse bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge abbauen und Kosten senken



SPD

- Zulagenförderung der privaten Altersvorsorge reformieren und auf niedrige/mittlere Einkommen fokussieren

Freie FDP  
Demokraten

- Anbietern ermöglichen, leichter in Aktien o.Ä. zu investieren
- Anlagevorschriften bei geförderter Altersvorsorge öffnen

- Keine Festlegungen, sondern „Prüfaufträge“
- In den Prüfaufträgen werden Überlegung der Rentenkommission aufgegriffen:
  - Vorsorgebereitschaft durch attraktivere Ausgestaltung der Vorsorgeprodukte und staatliche Förderung erhöhen
  - Obligatorische Zusatzvorsorge mit Opt-Out-Möglichkeit
- Überlegungen zu neuen Vorsorgeprodukten sollten auch Gestaltung der Leistungen umfassen

- Das Sondierungspapier ist geprägt vom Willen zur Gestaltung, weniger von Klagen über Defizite.
- Die beteiligten Parteien sind davon überzeugt, dass unser Alterssicherungssystem an die Bedingungen der Zukunft angepasst werden kann.
- Wir bieten der Politik an, dabei die Expertise sowie das sozialpolitische und verwaltungstechnische Know How der Rentenversicherung zu nutzen.

## Die Rente in den Koalitionsverhandlungen

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.**